



GUANTANAMO-HÄFTLINGE

Bundesregierung spielt auf Zeit

JOHN MOORE / GETTY IMAGES

Die Bundesregierung hat die Entscheidung über die Aufnahme von Guantanamo-Häftlingen auf Mai vertagt. Eine verbindliche Antwort an die US-Regierung werde es voraussichtlich erst nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 9. Mai geben, heißt es in Regierungskreisen. Hintergrund ist die bisherige Weigerung unionsgeführter Bundesländer, sich an der Aufnahme zu beteiligen. An dieser Haltung werde sich vor der Landtagswahl öffentlich nicht mehr viel ändern, um den Wahlkampf nicht zu belasten. Deshalb hat der zuständige Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) bislang darauf verzichtet, offizielle Anfragen an seine Länderkollegen zu richten; auch die Gespräche mit den Amerikanern ziehen sich hin. Mehrere sozialdemokratisch geführte Bundesländer wie Brandenburg haben bereits signalisiert, dass sie die Aufnahme unterstützen könnten – allerdings nur, wenn sich mindestens ein Unions-Innenminister beteiligt. De Mai-

zière möchte die strittige Entscheidung spätestens im Umfeld der Innenministerkonferenz am 27. Mai in Hamburg geklärt haben. Im März hatte eine deutsche Delegation drei Häftlinge in Guantanamo besucht und sie nach ihrer Lebensgeschichte befragt (SPIEGEL 13/2010). Der Jordanier Ahmed Mohammed al-Shurfa, der Syrer Mahmud Salim al-Ali und der Palästinenser Mohammed Tahamuttan sind von der US-Regierung zur Entlassung vorgesehen, weil sich die Vorwürfe gegen sie nicht erhärtet haben. Auch Berlin fand keine Belege, dass Gefahr von ihnen ausgehen könnte. Ende vergangenen Jahres hatte der US-Sonderbeauftragte Daniel Fried eine Liste mit den Namen von neun Häftlingen übergeben, die Deutschland aufnehmen könnte.



MICHAEL HANTSCHKE / DPA

De Maizière

KOALITION

Seehofer besteht auf Steuersenkung 2011

In der Union ist neuer Streit über den Kurs in der Steuerpolitik entbrannt. CSU-Chef Horst Seehofer beharrt trotz gegenteiliger Pläne im Kanzleramt auf einer steuerlichen Entlastung der Bürger schon im kommenden Jahr. „Wir müssen solide Haushaltspolitik und Steuer-

entlastung unter einen Hut bringen und schon 2011 bei der Steuer mit dem Abbau der kalten Progression anfangen“, sagt der bayerische Ministerpräsident und fügt hinzu: „Was vor der Wahl versprochen wurde, ist auch nach der Wahl zu halten.“ Die Worte sind auch als Mahnung an Angela Merkel gedacht. Im Kanzleramt wird derzeit erwogen, im kommenden Jahr ganz auf eine Steuerentlastung zu verzichten und lediglich einfachere Regeln im Steuerrecht durchzusetzen. Auch die jüngsten Konzepte

der FDP sehen vor, die Steuern erst im Jahr 2012 zu senken. Seehofer lehnt das ab. In internen Sitzungen verwies er darauf, dass Union und FDP im Koalitionsvertrag den Bürgern mehr Netto vom Brutto versprochen hätten. Diese Zusätze müsse das schwarz-gelbe Bündnis nun auch einhalten. Er ließ deshalb seinen Finanzminister Georg Fahrenschon ein Konzept ausarbeiten, das eine moderate Steuerentlastung von 2,5 Milliarden Euro vorsieht und das schon zum 1. Januar 2011 in Kraft treten könnte.